

Revision Gemeindeordnung: Regensdorf soll bescheiden eine Gemeinde bleiben!

Die SVP Regensdorf hat am 25. November 2024 eine ausserordentliche Mitgliederversammlung einberufen, um eine von der Basis abgesegnete Haltung zur Totalrevision der Gemeindeordnung zu erarbeiten. Die vom Gemeinderat vorgeschlagenen Änderungen würden die heutige Struktur und Identität der Gemeinde teilweise in gravierender Weise verändern. Das stösst bei der SVP Regensdorf auf deutliche Kritik.

Stadt statt Gemeinde? Eine klare Ablehnung.

Die vorgeschlagene Umbenennung der Gemeinde in eine Stadt wird von der SVP klar abgelehnt. Während der Versammlung konnte weder ein konkreter Nutzen für die Stimmbürger noch ein tatsächlicher Mehrwert für die Gemeinde festgestellt werden. Im Gegenteil: Die Befürchtung von zusätzlichen Kosten für die Namensänderung von „Gemeinde“ in „Stadt“ trägt zusätzlich dazu bei, dieses Anliegen des Gemeinderates entschieden abzulehnen. Zudem würde eine Umbenennung die traditionsreichen Ortsteile Watt und Adlikon, welche auf jahrhundertealte Traditionen zurückblicken, weiter in den Hintergrund drängen, zugunsten einer anonymen, städtisch geprägten Gesamterscheinung.

Mehr Vertrauen in den Stimmbürger statt höhere Finanzkompetenzen

Die zweite, sehr befremdliche Änderung sieht vor, die Finanzkompetenz vom Volk zur Exekutive zu verschieben. Im Vergleich mit anderen Zürcher Gemeinden mit ähnlichen Einwohnerzahlen würde die Regensdorfer Exekutive dadurch mit Abstand die höchste Finanzkompetenz erhalten – und dies teils um den Faktor zwei bis fünf. Bereits 2018 wurde die Finanzkompetenz des Gemeinderates im Rahmen der letzten Gemeindeordnungs-Revision mit der Begründung des bevorstehenden Wachstums deutlich angehoben. Vor diesem Hintergrund fordert die SVP Regensdorf mehr Zurückhaltung, Bescheidenheit und Vertrauen in den Stimmbürger. Der massive Ausbau der Finanzbefugnisse wird entschieden bekämpft, da dies einer schleichenden Entmachtung der Bevölkerung gleichkäme.

Weitere unerwünschte Punkte sind die Änderung der Kompetenzen der Sozialbehörde oder der nicht nachvollziehbare Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen GO mitten in der Amtsperiode. Sie wurden ebenso in die Vernehmlassungsantwort aufgenommen wie die Notwendigkeit einer GRPK als umfassendes Kontrollorgan.

Die SVP Regensdorf blickt gespannt auf die weiteren Schritte in diesem Geschäft. Es kommt am 18. Mai 2025 an die Urne. Wir werden den Verlauf dieser Revision mit wachsamen Augen begleiten und uns weiterhin mit Nachdruck für die Interessen der Bevölkerung einsetzen.

SVP Regensdorf